

Antrag 304/II/2021**Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verdrängung verhindern! Demokratie stärken! Eindeutige Voraussetzungen für die Umsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts schaffen!**

1 Das Bundesverwaltungsgericht hat das Vorkaufsrecht in
2 Milieuschutzgebieten in Teilen gekippt. Nach Auffassung
3 des Gerichts darf das Vorkaufsrecht nicht in der Annah-
4 me ausgeübt werden, dass andere Käufer die Mieter:in-
5 nen mutmaßlich aus dem Gebiet verdrängen.
6 Mit dieser Entscheidung wird den Kommunen fast voll-
7 ständig die Möglichkeit genommen, das Vorkaufsrecht in
8 Milieuschutzgebieten auszuüben und damit der Verdrän-
9 gung der Wohnbevölkerung entgegenzuwirken. Damit
10 wird der Einsatz eines wichtigen Instruments zum Schutz
11 der Bevölkerung in angespannten Wohnlagen verhindert
12 und die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten der
13 Kommunen stark beschnitten.
14 Wir fordern:
15 Der Bund soll, um die Demokratie und den Zusammen-
16 halt der Gesellschaft zu stärken und weitere soziale Här-
17 ten der Mieterinnen und Mieter zu verhindern, so schnell
18 wie möglich tätig werden und gesetzlich klarstellen, dass
19 das kommunale Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten
20 ausgeübt werden kann, wenn die Gefahr besteht, dass
21 die Wohnbevölkerung durch Mieterhöhungen oder Um-
22 wandlungen verdrängt werden wird. Hierzu sind zeitnah
23 die erforderlichen Klarstellungen im Baugesetzbuch vor-
24 zunehmen. Die SPD auf Bundesebene sorgt dafür, dass
25 noch im Jahr 2022 eine gesetzliche Regelung im Sinne
26 dieses Antrags in den Deutschen Bundestag eingebracht
27 wird.